

Ratlos in der Eiszeit? Ukraine-Krise, fatale Folgerichtigkeit der aktuellen Entwicklung, neue Einsichten, Perspektiven - Ein Essay¹

I.

Eine Woche nach dem von Wladimir Putin befohlenen, offenkundig von langer Hand geplanten Angriff auf die Ukraine - und nach erstem Erschrecken und tiefer Ratlosigkeit von Russlandexperten, Politik und professionellen Beobachtern in den Medien – nehmen die Debatten zur Einschätzung der Lage Fahrt auf. Wie konnte es so weit kommen, dass 77 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in Europa erneut ein Angriffskrieg begonnen hat? Welche Motive treiben den russischen Autokraten wirklich? Welche Illusionen haben Politiker in Westeuropa sich allzu lange gemacht? Welche Risiken sind mit der nun in Gang gesetzten Entwicklung verbunden? Welche neuen Einsichten drängen sich auf? Zerbricht die bisherige europäische Sicherheitsarchitektur? Welche Herausforderungen bringt das mit sich? Welche Konsequenzen werden die für den Umgang mit den anderen großen Herausforderungen unserer Zeit haben, allem voran der unabweisbaren öko-sozialen Transformation? Welche ersten Antworten sind denkbar?

Nahezu jeder und jede stellen sich solche Fragen. Wieder einmal sind die meisten professionellen Beobachter von der Dramatik unerwarteter Ereignisse überrascht. Einmal mehr ist, ähnlich wie zu Beginn der Weltfinanzkrise 2008, von einer Zeitenwende die Rede. Wir sehen uns dazu herausgefordert, nachzudenken und Stellung zu beziehen. Als Sozial- und Politikwissenschaftler, der ich bin, gilt das für mich in besonderer, Weise. Ich muss mich sozusagen auch professionell herausgefordert sehen. Allerdings liegt meine wissenschaftliche Expertise auf ganz anderen Spezialgebieten als den Feldern der Außen-, Sicherheits- oder globalen Geopolitik. Ich kann mir also nur als, wie ich hoffe, leidlich gut informierter Bürger ein Bild zu machen versuchen. Ich denke, die dafür geeignete Form ist die des Essays. Es fällt schwer, diesen Landkrieg in Europa in gewohnter wissenschaftlicher Manier und Distanz als Gegenstand eines Interesses zu bezeichnen. Andererseits gilt es, bei aller Empörung doch kühlen Kopf zu bewahren. Die Form eines Essays als Versuch der Annäherung scheint mir angemessen. Es geht dann um tastende, suchende Schritte, bei denen sich, den sich überstürzenden Ereignissen folgend, Blickwinkel erweitern und neue hinzukommen. Zugleich fühlt man sich immer wieder betroffen. Es ist nicht leicht, einen nüchternen Blick zu bewahren. Immerhin, so denke ich, bin ich nach einer Wo-

¹ Dieser Essay, geschrieben ich in der Woche vom 22. bis zum 27.02. ist – ganz im Sinne Hannah Arendts – der Versuch, zu verstehen, weshalb wir uns gerade einer grundlegend veränderten Welt gegenübersehen, in der die Dynamik der erschütternden Ereignisse es zwar schwer, aber umso unerlässlicher macht, sich ein halbwegs klares Bild zu machen, das mehr zeichnen kann als die vermeintlich realistische Einsicht Herfried Münklers, dass unsere eine Welt in die Zwänge einer neuen Geopolitik geraten ist, die nun wieder alt vertrauten Mustern folgen wird und in der die Europäer so gut wie keine Rolle mehr spielen können. Angesichts einer Entwicklungsdynamik, in der die Ereignisse einander geradezu überschlagen, kann mein Beitrag nicht mehr sein als der bescheidene Versuch, anderen Impulse zum eigenen Weiterdenken und einem daraus folgenden Handeln zu geben.

che zu ersten Zwischenergebnissen gekommen, die es wert sind, mitgeteilt zu werden - und ich betreibe seit mehr als einem Jahrzehnt diese Homepage. Also nutze ich sie, um meinen Essay zu veröffentlichen.

II.

Am 22. Februar hat sich die Lage tatsächlich zugespitzt: Putin hat die von den Separatisten besetzten Gebiete der Ost-Ukraine als zwei unabhängige Volksrepubliken anerkannt. Er begründet dies in einer Propagandarede, die äußerst irritierend und zutiefst beunruhigend ist. Es klingt, als solle sie der Legitimation weiterer kriegerischer Schritte dienen. Er verbreitet Lügen von einer faschistischen Clique, die in der Ukraine an der Macht sei, von drohenden Massenvernichtungswaffen, gar von Genozid an der russischsprachigen Bevölkerungsteil. Wie man am nächsten Tag hören kann, schickt er russische Truppen in die beiden ‚Volksrepubliken‘ und weist der Ukraine die Schuld für die Zuspitzung der Lage zu. Frankreich, Deutschland und die USA erklären, mit der Anerkennung der beiden ‚Volksrepubliken‘ sei das Minsker Abkommen verletzt. Erste Sanktionen werden in Kraft treten. Niemand kann sicher sagen, welche Dynamik damit in Gang gesetzt worden ist. Politische Beobachter, unter ihnen auch Russlandexperten, bekunden am Abend dieses Tages Ratlosigkeit. Über die strategischen Pläne und Ziele des russischen Autokraten kann man zu diesem Zeitpunkt nur spekulieren.

Auf den ersten Blick ist schon am 22.02. völlig klar: Da werden Verträge gebrochen, und da werden bestehende Grenzen verletzt, wie schon bei der russischen Besetzung der Krim. Wir haben es mit Verletzungen des Völkerrechts zu tun. Die Verlässlichkeit im Umgang zwischen Staaten bleibt nun in Europa offenkundig auf der Strecke. Es entsteht erhebliche Unsicherheit. Die ersten Reaktionen an der Börse sind ein unübersehbarer Indikator. Wirtschaftlichen Sanktionen seitens der EU und der USA werden eingeleitet – in ersten Schritten, um so Restchancen auf eine Rückkehr zu diplomatischen Lösungen zu erhalten. Und die ersten Interpretationen der Lage in den hiesigen Medien ist eindeutig. Sie folgt eigenen Logiken. Fragen nach nicht auszuschließenden Eskalationsschritten der russischen Seite, darauf möglichen Antworten, denkbaren Worst-Case-Szenarien tauchen sofort auf. Alte, tiefliegende Ängste werden geweckt. Wer in der Vergangenheit, wie die Journalistin Gabriele Krone-Schmalz noch gefordert hat, Russland zu verstehen und jetzt wieder bemüht ist, angesichts der eigenen offen eingestandenen Ratlosigkeit, die auch andere nicht verhehlen, zunächst einmal für differenziertere Analysen der augenscheinlich heillos verfahrenen Lage zu plädieren, findet kaum noch Gehör.²

Zwei Tage später haben wir einen Landkrieg in Europa: Das Worst-Case-Szenario wird Wirklichkeit. Das Minsker Abkommen ist tot. Russische Truppen greifen die Uk-

² Die Schlagzeilen zu der Debatte zur Ukraine-Krise im TV-Talk von Markus Lanz am Abend des 22.02. sind da eindeutig: die Frankfurter Rundschau titelt ihren Bericht am nächsten Morgen *Markus Lanz legt sich mit Russland-Expertin an: „Sie verteidigen Putin“*, und die Stuttgarter Nachrichten titeln: *Markus Lanz rüffelt Gabriele Krone-Schmalz: „Albern wie sie Putin verteidigen“*.

raine an allen ihren Grenzen zu Russland und Belarus an. Das nahezu Undenkbare ist eingetreten. Siebenundundsiebzig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs findet in Europa erneut ein Landkrieg statt. Nach ersten Berichten am 24. 02. rücken russische Truppen offenbar von verschiedenen Seiten her, also nicht nur im Osten, gegen die Ukraine vor. Deren Luftabwehr soll außer Gefecht gesetzt worden sein. Von Raketenangriffen auf mehrere ukrainische Städte, auch auf Kiew wird berichtet. Russische Bodentruppen sind zügig auf dem Vormarsch. Die russische Seite erklärt, man vermeide es, die Zivilbevölkerung zu treffen. aber es gibt Berichte von Toten und Zerstörungen. Von einer beginnenden Massenflucht wird berichtet. Wer hierzu-lande alt genug ist, könnte sich an Ungarn 1956 erinnert fühlen.

Die Zielsetzung der russischen Führung wird rasch einigermaßen klar erkennbar: Es geht um die gesamte Ukraine. Mindestens soll deren Regierung durch eine russlandfreundliche ausgetauscht werden. Ob und wie weitgehend die Ukraine nach Vorstellung der Angreifer formell ein autonomer Staat bleiben soll – mit neuen Grenzen was die Krim und ihren Osten anbelangt, kann niemand sicher sagen. Aber anders als von ihrem Angreifer erwartet, leistet die ukrainische Armee offenbar erbitterten Widerstand. Putins Aufruf, die Ukrainische Armee solle gegen eine, so seine haltlose Behauptung, illegitime Regierung putschen, geht ins Leere. Und deren Spitze tritt äußerst eindrucksvoll auf. Flucht ist für sie, so erklärt sie, keine Option.

Die USA, Großbritannien und die EU kündigen weitere verschärfte Sanktionen gegenüber Russland an. China wendet sich gegen solche Maßnahmen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird zu einer Dringlichkeitssitzung eingeladen. Das Veto Russlands ist selbstverständlich absehbar. China, Indien und die vereinigten Arabischen Emirate enthalten sich der Stimme, aber China distanziert sich doch vorsichtig von der russischen Aggression. Es geht mit diesem Angriffskrieg in Europa um die Fundamente des Völkerrechts, wie sie seit dem zweiten Weltkrieg als unstrittig gelten. Wir erleben einen tiefen Einschnitt in eine seit 1990 vermeintlich neue und – jedenfalls in ihrer nördlichen Hemisphäre – weitestgehend friedlich weiterentwickelte Weltordnung. Zeitenwende lautet das Stichwort. Auf der Sitzung des Deutschen Bundestages am 27.02. wird sichtbar was das bedeutet. Die medialen Kommentare am Abend sind in höchstem Maße einhellig.

Ich habe hingegen zunächst kein völlig klares Urteil, wie sehr ich mich auch, das ist selbstverständlich, am Morgen des 24. 02. über die militärische Intervention des russischen Autokraten empören mag und wie sehr ich mich seit Beginn dieser Woche um ein klares Bild bemühe. Ich kann in einer offenkundig dramatisch und grundlegend veränderten Lage nur versuchen, mich unter Nutzung der mir zugänglichen Informationsmöglichkeiten – und den Ablauf der Ereignisse zunächst fassungslos verfolgend - dem Gegenstand anzunähern, über den ich hier im Folgenden weiter nachdenke. Als erstes liegt für mich der geopolitische Blick auf die Ereignisse nahe. Er spielt, eigentlich schon immer, auf russischer Seite eine wichtige Rolle- ebenso aber sicherlich auch auf Seiten der USA, der EU, Chinas. Dann kommt, spätestens mit der offenen Aggression seitens des russischen Autokraten, die Frage nach tieferliegen-

den Motiven in den Blick. Wo hat man sich darüber Illusionen gemacht? Was verrät dieser Angriffskrieg? Zugleich beginnt man über Konsequenzen genauer nachzudenken.

In den beiden letzten Jahrzehnten, beginnend spätestens mit dem zweiten Golfkrieg, bestimmt Geopolitik zunehmend deutlicher das Handeln der drei großen Weltmächte. Das gilt ganz sicher auch schon sehr früh im Hinblick auf die Frage, wie die Ukraine als einer der aus Auflösung der Sowjetunion hervorgegangenen selbständigen Staaten im Spannungsfeld zwischen den beiden damaligen Großmächten USA und Russland – und daneben im Verhältnis zu der geographisch in einer Art Mittlerrolle zwischen beiden gelegenen EU – platziert sein würde.³ Geopolitik aber wird vor allem von den drei militärischen Großmächten betrieben, also von den USA, von China und von Russland. Die USA, seit 1945 die Weltmacht Nummer 1 erleben den *Sinkflug des Adlers*, von dem der renommierte Weltsystemanalytiker Immanuel Wallerstein schon 2004 gesprochen hat, und die politische Führung der USA sucht ihm entgegenzusteuern. China sieht sich in der Rolle der neu aufsteigenden Weltmacht, die ihre Position ausbauen will – nicht nur in Fernost, sondern auch in Afrika und in Europa. Und Russland hat seine Position als Nummer 2 hinter den USA mit dem Ende der Sowjetunion verloren. Es ist von dem US-Präsidenten Barak Obama mit der Bezeichnung ‚Regionalmacht‘ fahrlässig – und militärisch fälschlich – brüskiert worden. Seine Führung strebt, so scheint es, nach alter Größe zurück. Putins Propagandarede mit ihren weit zurückreichenden historischen Bezügen, gibt solchen Einschätzungen Nahrung – und weckt erste große Befürchtungen. Was ich bei all dem jedoch zunächst überhaupt nicht hinreichend einschätzen kann, das sind die jeweiligen längerfristigen Strategien der jeweils Herrschenden – und zwar in allen drei Staaten. Dafür bedürfte es wissenschaftlicher Expertise, über die ich nicht verfüge. Selbst die herrschenden Eliten der drei großen Weltmächte mit ihren Stäben und Think Tanks sind hier ja auf unsichere wechselseitige Einschätzungen verwiesen. Einigermaßen sicher scheint nur zu sein, dass sie alle im Rahmen mehr oder weniger vertrauter geopolitischer Logiken denken; und zunehmend klar erkennbar werden gerade die unmittelbaren, also eher kurzfristigen Ziele der russischen Invasion in der Ukraine.

Die aktuelle Entwicklung erscheint folgerichtig: Das immerhin konnte ich zu Beginn der 08. Kalenderwoche 2022 sagen. Kurzfristig betrachtet setzt Russland, bzw. Putin augenscheinlich eine Politik gegenüber der Ukraine fort, die er zuletzt auch angesichts der Krise in Belarus klar erkennbar verfolgt hat – und zuvor schon gegenüber

³ Zbigniew Brzezinski, Sicherheits- und Wahlkampfberater mehrere demokratischer US-Präsidenten und Berater am Zentrum für strategische internationale Studien in Washington, hat die Ukraine schon 1997 *auf dem eurasischen Schachbrett als geopolitischen Dreh- und Angelpunkt* angesehen. Ohne die Ukraine sei Russland kein eurasisches Reich mehr. So zitiert ihn Jürgen Wagner (2014) in seiner *Showdown im postsowjetischen Raum* betitelten Analyse des Ukraine-Konflikts von 2014, in dem es um die Frage ging, in welchen geopolitischen Einflussbereich die Ukraine zukünftig hinübergezogen werden kann. Der damalige Konflikt wurde in der Ukraine zugunsten einer Westorientierung vollzogen. Als Reaktion darauf annektierte Russland die Krim.

Georgien sowie unlängst auch im Falle von Kasachstan.⁴ Für Putin scheint mit Selbstverständlichkeit zu gelten: als militärische Großmacht hat Russland im Blick auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion och immer ziemlich freie Hand – so wie die USA das, zumindest zu Zeiten des ‚kalten Krieges‘, in Mittel- und Südamerika beansprucht und durchgesetzt haben (Chomsky 2017). Selbst gegenüber einem so riesigen und an Rohstoffen reichen Land wie Kasachstan ist man, zuletzt, nahezu unkritisiert, sofort zur Stelle gewesen, als die dortigen Herrschaftsverhältnisse gefährdet zu sein schienen. Autokratische oder gar diktatorische Verhältnisse spielen da keine Rolle, wie kurz zuvor auch bei der Stützung des Lukaschenkow-Regimes in Belarus. Man regiert ja selbst kaum anders. Nur an den Grenzen zur EU ist das eben schwieriger. Nach der Implosion des sogenannten ‚Realsozialismus‘ und der Auflösung der Sowjetunion ist dort die repräsentative Demokratie auf dem Vormarsch. Die EU und die Nato haben sich erheblich nach Osten hin ausgeweitet. In einigen osteuropäischen Staaten (Polen, Ungarn) werden die neuen demokratischen Strukturen gegenwärtig freilich wieder ausgehöhlt. Zuerst auf dem Balkan, im ehemaligen Jugoslawien, ist es nach 1945 erneut zu kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa gekommen - und nun, mit einer noch kaum absehbaren Dynamik, in der Ukraine. Der Unruhestifter war aus EU-Sicht zum einen Serbien – historisch eine auf dem Balkan zu spät gekommene Macht, die immer Russlandnah ausgerichtet gewesen ist. Zum anderen ist es nun Russland.

III.

Die Lage ist nicht ganz so eindeutig, wie sie zu sein scheint – jedenfalls aus diesem geopolitischen Blickwinkel heraus. Das gilt selbst noch nach den Eskalationsschritten, die am Morgen des 24.02. erkennbar geworden sind. Das offenbar kühl kalkulierte Eingehen des hier von Russland begonnenen Krieges ist auf das schärfste zu verurteilen – so wie das z.B. für den zweiten IRAK-Krieg mit seinen verheerenden nicht-intendierten Folgen im nahen Osten auch gegenüber den USA gegolten hat. Und es ist selbstverständlich in höchstem Maße beunruhigend, dass ein solcher Krieg nun in Europa stattfindet, für das wir das nach der ‚Nacht des zwanzigsten Jahrhunderts‘ ja alle gedanklich geradezu ausgeschlossen hatten. Diesen Krieg erleben wir hautnah. Will man sich aber als betroffener Beobachter zu den aktuellen Ereignissen äußern, so muss man sich als erstes fragen, wie es eigentlich zu einer politischen Konstellation gekommen ist, in der sich das autokratische Regime einer seit der Implosion das damals so genannten ‚Realsozialismus‘ geschwächten Weltmacht zu solchem Handeln veranlasst gesehen hat. Der Versuch, die nun eingetretene Lage angemessen, also unter diesem Blickwinkel, zu verstehen, bedeutet nicht, das Handeln des Aggressors in irgendeiner Weise zu rechtfertigen. Es geht darum, in einer Lage, in der

⁴ Aber das ist natürlich pauschalierend. Jeder Einzelfall ist auch ein besonderer. Der herausgehobene Stellenwert der Ukraine in einer über Jahrhunderte hinweg gemeinsamen russischen Geschichte und ihre potenzielle Bedeutung für die 2013/14 von Russland angestrebte eurasische Zollunion sollte hier ebenso unstrittig sein, wie die schon in Fußnote 3 angesprochene Tatsache, dass die Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion für die Weltmacht USA ein *geopolitisches Filestück* erster Ordnung geworden ist (Wagner 2014, 5ff).

Jedermann dazu tendiert, nun klar zwischen Freund und Gegner zu unterscheiden, möglichst gut zu verstehen, was da geschieht. Da ich zunächst kein klares Urteil habe – und mangels fundierter wissenschaftlicher Expertise auch nicht haben kann –, kann ich zunächst nur damit beginnen, Einzelfaktoren zu benennen und gedanklich zu sortieren:

- Die EU, wirtschaftlich neben den USA, und immer noch vor China, die stärkste Großmacht, verfügt nicht über eine wirklich konsistente gemeinsame Außenpolitik. Jürgen Habermas hat 2014 in einer Debatte über ökonomische und vor allem politische Krisenentwicklungen innerhalb der EU eher beiläufig, aber sehr pointiert von einer *verfehlten weltpolitischen Rolle der EU* gesprochen.⁵
- Folgerichtig sind auch heute, mehr als vierzig Jahre nach dem Ende des kalten Krieges die USA, vor allem aus Sicht der osteuropäischen EU- und NATO-Mitgliedsstaaten, die für sie entscheidende Schutzmacht. Neben dem Blick, an dem uns Putin am 21. 02. in seiner historisch weit zurückreichenden Propagandarede zur Legitimation seines Vorgehens gegenüber der Ukraine hat teilhaben lassen, gibt es eben auch den ganz anderen Blick in den Staaten an der russischen Westgrenze, die ihre historisch höchst eigenen Erfahrungen mit dem großen russischen Nachbarn gemacht haben.
- Der Ukraine-Konflikt, in dem es unter diesem ersten Blickwinkel im Kern um zentrale Fragen einer gemeinsamen europäischen Sicherheit - unter Einschluss auch Russlands – gehen müsste, wird also zum einen vor dem Hintergrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen bewertet, die mithin in unsere Gegenwart hinein wirken. Zum anderen aber wird er letztlich immer noch als ein Konflikt vor dem Hintergrund der Rivalität zwischen zwei der drei Großmächte unserer Welt geführt. Wladimir Putin hat vor den aktuellen Zuspitzungen und den nun losgelassenen gefährlichen Dynamiken zuerst mit dem amerikanischen Präsidenten telefoniert und erst danach mit wichtigen Repräsentanten führender Mitgliedsstaaten der EU gesprochen. Nun führt der von ihm dramatisch kriegerisch zugespitzte Konflikt dahin, dass es weniger Sicherheit gibt und dass Russland möglicherweise dichter an China heranrücken wird – aber auch dass die bisher oft so zerstritten erscheinende EU enger zusammenrückt – jedenfalls außenpolitisch.

⁵ Die Debatte ist in den Jahren 2014 und 2015 in der Zeitschrift *Leviathan* im Kern um binnenpolitische Krisenentwicklungen in der EU geführt worden. Die zitierte Bemerkung macht Habermas seinerzeit eher beiläufig, aber pointiert. Die zeitliche Nähe um *Showdown im postsowjetischen Raum* (siehe Fußnote 3), in dem manche Beobachter wie etwa Jürgen Wagner unterschiedliche geopolitische Ansätze von EU und USA feststellten, ist aber auffällig. Ich habe zum Kern der von Habermas angestoßenen Debatte ein Jahr später eine Analyse in einem Buch veröffentlicht (Martens 2016, 44-67) und ihr jetzt das obige Zitat entnommen (a. a. O. 47). Der wie man mir die Redaktion damals mitteilte, im üblichen Begutachtungsverfahren durchaus positiv begutachtete Artikel kam für die Redaktion der Zeitschrift aber wohl zu spät. Sie hat die dort geführte Debatte schon als beendet angesehen.

- Aus russischer Sicht spielen, neben dem Streben, die eigene geopolitische Machtposition neu zu rückzugewinnen, Sicherheitsfragen vordergründig eine wichtige Rolle. Die NATO rückt der Grenze Russlands immer näher. Zugleich geht es aber auch um sehr alte historische Bezüge Russlands zu der kulturell bekanntlich durchaus zwischen Ost und West gespaltenen und nach Jahrhunderten erst nach dem Zerfall der Sowjetunion ein unabhängiger Staat gewordenen Ukraine.⁶ In einer Mischung aus aktuellen geopolitischen Überlegungen und historisch weit zurückreichenden Ansprüchen einer militärischen Großmacht, die ihr früheres Gewicht zumindest in Teilen zurückgewinnen möchte, wird von russischer Seite darauf angespielt, während klare politische Mehrheiten und mittlerweile eindeutig pro-westliche Stimmungen in der Ukraine selbst keine wirkliche Rolle spielen. Aber Putin weiß natürlich auch, dass EU und USA in der Ukraine seit langer Zeit ihre eigenen geopolitischen Ziele verfolgen, dass sie darum bemüht sind, die Ukraine weiter in ihre Einflussosphäre hinüberzuziehen. Die dort innenpolitisch über lange Zeit durchaus in manchem fragwürdigen, z.B. durch ein hohes Maß an Korruption geprägten Verhältnisse haben dabei in der westlichen Öffentlichkeit zunehmend keine Rolle mehr gespielt. Vielleicht haben sie nach 2014 auch wirklich ein geringeres Gewicht – oder sie wurden eher gering gewichtet. Und schließlich sind da die Verhältnisse in Russland und vielen weiteren Staaten dieser Welt eher schlechter.
- Zu den diplomatischen Gesprächen der letzten Wochen kann man als Bürger, die die Entwicklung über die Berichterstattung der Medien verfolgt hat, in Teilen nur Vermutungen haben. Die russischen Forderungen lagen klar auf dem Tisch. Sie waren schroff, fast ultimatив und gaben Grund zu Befürchtungen. Was daraufhin seitens der USA und der EU der russischen Seite an Sicherheitszusagen angeboten wurde, ist nicht sicher zu überblicken. Augenscheinlich haben sie sich von den Forderungen und Drohungen Russlands nicht beeindruckt lassen. Es hieß, ein NATO-Beitritt der Ukraine stehe nicht auf der Tagesordnung.⁷ Die Nicht-Stationierung von Kernwaffen dort, im Falle eines

⁶ Der aktuell wegen seines Engagements für NordStream 2 heftig kritisierte Altbundeskanzler Gerhard Schröder – dem ich zu Zeiten seiner Kanzlerschaft positiv anrechne, dass er beim ebenfalls geopolitisch motivierten IRAK-Krieg der USA im Jahr 2003 gemeinsam mit dem französischen Präsidenten dagegen gewehrt hat, einer ‚Koalition der Willigen‘ beizutreten – hat dem Krisenmanagement der EU im Jahr der Ukraine Krise von 2014 schwere Fehler und Unverständnis für die Struktur der Region vorgeworfen. Die Spitze der EU habe *nicht im entferntesten kapiert (...)* dass das ein kulturell gespaltenes Land ist und dass man mit einem solchen Land nicht so umgehen kann (Wagner 2014,10). Wenn Krone-Schmalz heute ähnlich argumentiert – zugespitzt mit der Formulierung die Menschen in der Ukraine hätten nach Hitlers Überfall auf Russland zu einem Teil im ‚vaterländischen Krieg‘ gegen das nationalsozialistisch geführte Deutschland gekämpft, zu einem anderen Teil aber auch Hitler aktiv unterstützt - und dann weiter darauf verweist, dass die EU bei den Verhandlungen um ein Assoziationsabkommen mit der Ukraine 2013/14 eine ökonomische Bindung der Ukraine sowohl an die EU als auch an Russland nicht zulassen wollte, wird ihr der Versuch, die heute entstandene Lage unter diesem Blickwinkel besser zu verstehen – ganz in einem Arendt’schen Sinne - als *alberne Putinverteidigung* vorgehalten. Der Zwang nun nur noch in den Kategorien von Freunden und Gegnern, wenn nicht gar potenziellen Feinden zu denken, wird sehr rasch fast übermächtig.

⁷ Dass das einen geopolitisch denkenden Wladimir Putin angesichts der Erfahrungen im Ukraine-Konflikt von 2014 kaum überzeugen konnte, ist einigermaßen naheliegend. Er aber ist in dieser Sichtweise befangen, weil

späteren NATO-Beitritts, wäre leicht zuzusagen gewesen - ebenso wie weitere offene Gespräche über eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur in Europa. Ökonomisch verbindende Interessen sind reichlich vorhanden. Die russische Seite scheint allerdings ziemlich klar entschieden gewesen zu sein, jetzt bestimmte Fakten zu schaffen, sofern man ihr nicht deutlich größere Zugeständnisse im Sinne einer der Ukraine aufgezwungenen Neutralität machen würde. Man konnte früh bemerken, dass hier ein schärferer analytischer Blick auf die Weltansicht des russischen Autokraten wichtig wird. Aber dazu später.

- Wiederum folgerichtig hat sich die Lage zugespitzt. Als Zeitungsleser konnte man noch am 22.02. kaum erahnen, ob die Anerkennung der beiden Ostukrainischen ‚Volksrepubliken‘ nur der erste Schritt für weitere sein würde, die folgen sollten. Medial ist es mit Beginn der 08. Woche 2022 ein Thema für Spekulationen geworden. Welche sichereren Einschätzungen die US-Amerikanische Führung vor dem Hintergrund der geführten Gespräche gehabt hat, konnte man als einfacher Bürger nicht wissen. Am 25.02. Ist dann das Worst-Case-Szenario eingetreten. Es wäre bis hierher das folgerichtige Ergebnis eines geopolitischen Blickwinkels - nicht nur Russlands, sondern ebenso der USA. Noch nicht wirklich entschieden erscheint allerdings der Ausgang des nun in Europa begonnenen Landkriegs.

Soviel zu der geopolitischen Perspektive. Es gibt aber auch noch eine andere, die im Laufe der Woche zunehmend öffentlich diskutiert wird. Dabei geht es um einen neuen, endlich unverstellt kritischen Blick auf die herrschende politische Elite in Russland – ein Russland-Racket.⁸ Wladimir Sorokin (2022), ein Schriftsteller, der als einer der Hauptvertreter der russischen Postmoderne angesehen wird und als einer der schärfsten Kritiker des politischen Systems Russlands gilt, spricht in eben diesem Sinne von einer *Machtpyramide*, die die politische Wirklichkeit Russlands zutiefst prägen – schon seit dem Ende der Regierungszeit Boris Jelzins und dann weiter in der Putins. Dieser sei von einem politischen Hoffnungsträger zu Beginn dieses Jahrhunderts geradezu zu einem *imperialen Monster* mutiert. Diese Pyramide *vibriert* heute vor sich hin. *Die Zeit blieb stehen. Wie eine große Eisscholle trieb das Land zurück in die Vergangenheit. – zunächst in die sowjetische, dann noch weiter. Bis ins Mittelal-*

der gleiche Blickwinkel ebenso die politischen Eliten in den USA prägt - und ebenso die der EU, allerdings im Kontext ihrer *verfehlten weltpolitischen Rolle*, von der Habermas 2014 gesprochen hat.

⁸ Kai Lindemann (2021) spricht von solchen *Rackets* - im Sinne von Beutegemeinschaften anknüpfend an den Racket-Ansatz von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno - u.a. im Hinblick auf heutige Schwellenländer, aber auch Russland. Dieser Ansatz ist von den ‚Frankfurtern‘ in den 1930er Jahren als Schlüssel einer, von ihnen seinerzeit intendierten, *materialistischen Herrschaftstheorie* entwickelt worden – in Reaktion auf den Aufstieg des Nationalsozialismus und angesichts der Einmündung der proletarischen Revolution in Russland in den stalinistischen Terror – also den *Totalitarismus* (Arendt) oder den *irrationalen und den rationalen Terror* (Camus), die damals eine Weiterentwicklung demokratisch-rechtsstaatlicher Verhältnisse massiv bedroht haben, für die unter anderem, der *New Deal* in den USA eine Perspektive zu eröffnen versprach. Zur konstruktiv-kritischen Auseinandersetzung mit Lindemanns Anknüpfungsversuch, bei dem er den Racket-Ansatz auch auf die westlichen Demokratien im Zeichen einer Globalisierung in neoliberalen Geist ausweitet, siehe Martens 2022b.

ter. Nun kann ein kluger und anregender Artikel im Feuilleton der Wochenendausgabe einer Zeitung gewiss keine sorgfältigen historischen, soziologischen, politischen oder auch ökonomischen Analysen ersetzen.⁹ Aber Sorokin zeichnet anhand von Putins Biographie schon sehr überzeugend nach, dass und wie hier ein Autokrat, der seine ersten wichtigen Prägungen im *Schwarzorden des KGB* erfahren, und dabei die *Verachtung ‚gemeiner‘ Leute übernommen* habe. Putin habe *den KGB-Offizier, der er gewesen ist, nie mehr aus sich herausbekommen* und sich, *einmal an die Macht gekommen*, zum autokratischen Herrscher einer erneuerten Machtpyramide gewandelt.

- Man gewinnt also ein schlüssiges Bild von der Entwicklung der autokratischen Machtstrukturen die Russland heute prägen. Es scheint, dass hier sehr weit zurückreichende historische Entwicklungslinien ihre Rolle spielen – und es ist durchaus bemerkenswert, wie er in diesem Zusammenhang schreibt, dass *Frau Merkel, die in der DDR aufgewachsen ist und Putin durchschaute*, vergeblich *‚einen Dialog in Gang zu setzen‘ versucht* habe.
- Unter diesem Blickwinkel historischer Kontinuitätslinien mag an dieser Stelle ein kurzer Blick auf die EU mit ihren vielen unterschiedlichen nationalen Traditionslinien angebracht sein. Die hat ja seit längerem mit internen Krisen zu kämpfen, die z.B. im Zentrum der EU-Krisendebatte standen, die 2014/15 geführt worden ist, und aus der ich oben Jürgen Habermas zitiert habe. Der BREXIT könnte im hier erörterten Gesamtzusammenhang in besonderer Weise zusätzlich zu denken geben. Ein ökonomisch hoch riskanter und ziemlich sicher verfehelter Schritt der konservativen Regierung im UK¹⁰ kennt hier nur einige große ökonomische Gewinner auf der Insel selbst – aber tief in seinem Hintergrund spielt aus der Sicht der herrschenden konservativen Elite im UK wohl auch ein wenig die Sehnsucht nach alter, verloren gegangener Größe der bis 1914 unbestritten dominanten Weltmacht Nummer 1 ihre Rolle.
- Man beginnt außerdem besser zu verstehen, dass in den aktuellen Debatten, die man in der Presse nachlesen oder auch in politischen Talks im Fernsehen hören kann, die Frage eine beachtliche Rolle spielt, ob und wie

⁹ Für vertiefende ökonomische Analysen ist hier nicht der Ort, und auch auf diesem Feld bin ich kein ausgewiesener Experte. Claus Hulverscheid (2022) legt aber in einem längeren Artikel im Wirtschaftsteil der SZ recht überzeugend dar, dass Putins Krieg ökonomisch *potenziell ‚selbstmörderisch‘* sein könnte, so zitiert er Kathrina Blum, Leiterin des Osteuropainstituts der FU Berlin. Habe das russische Inlandsprodukt 2014 noch bei 13 Prozent des US-Amerikanischen gelegen, sei es – nach den westlichen Sanktionen aufgrund der Annexion der Krim und dann des Ölpreis-Kollapses der Jahre 2015/16, dann der Folgen der Corona-Pandemie sowie aufgrund einer *extrem restriktiven Wirtschafts- und Haushaltspolitik* inzwischen auf eine Vergleichsgröße von 7 Prozent gesunken. Und nun werden neue massive Sanktionen folgen.

¹⁰ Alison Luise Kennedy (2022), renommierte Autorin, Filmemacherin und Dramatikerin aus Glasgow schreibt in erfrischender Polemik, *die wirtschaftlich verheerenden Folgen des Brexit geigten sich ja erst schemenhaft*, aber der nächste britische Premierminister werde *eine Landschaft der Schmerzen regieren*, und *nureinunrettbar verdorbener unendlich dummer Sadist würde diesen Job wollen*.

man mittels gezielter Sanktionen die politische Elite Russlands innerhalb der herrschenden Machtpyramide so treffen kann, dass der Autokrat an ihrer Spitze in Schwierigkeiten geraten könnte. Denn es wäre selbstredend attraktiv, verbunden mit einem solchen Ziel die Masse der russischen Bevölkerung weniger hart zu treffen – und sich zugleich auch ‚weniger tief ‚ins eigene Fleisch‘ zu schneiden, was wirtschaftliche Sanktionen ja unausweichlich an sich haben.

- Des Weiteren ergibt sich vor diesem Hintergrund schlüssig, dass die Westorientierung der Ukraine aus der so nachgezeichneten Perspektive Putins vor allem deshalb als Gefahr angesehen werden musste, weil damit, sozusagen unmittelbar vor der russischen ‚Haustür‘ ein anderer Weg aus den in Russland nach Jelzin vergleichbaren Krisenlösungen in Gestalt von Korruption und wirtschaftlichen Problemen zu gehen versucht wurde. Man mochte das einseitige Assoziationsabkommen mit der EU skeptisch beurteilen können. Doch die Proteste zwischen November 2013 und Februar 2014, die nach der Erklärung der ukrainischen Regierung, dieses Abkommen nicht zu unterzeichnen zum Sturz von Victor Jankowytsch führten,¹¹ endeten in einer demokratischen Entscheidung für westliche Rechtsstaatlichkeit, verbunden mit der Hoffnung auf mehr Wohlstand.

Wie schon betont, ich verfüge bei diesen allen Punkten nur über begrenzte wohlfundierte Informationen, also ein entsprechend provisorisches Bild. Auch würde im Zusammenhang mit der zitierten Stellungnahme des Schriftstellers Sorokin eine grundlegendere Erörterung des Verhältnisses zwischen historisch entstandenen und institutionell befestigten Prozessstrukturen und deren inneren Logiken, und dann dem Handeln einzelner herausgehobener bedeutsamer Personen naheliegen; und die ist hier selbstverständlich nicht möglich. Aber für das angemessene Verständnis der aktuell eingetretenen Lage scheinen mir die eben zusammengefassten Überlegungen unverzichtbar.

IV.

Meine Argumentation nähert sich der Frage danach, welche Wirkungen unterschiedliche Maßnahmen, wie z.B. Sanktionen haben könnten – und welche Risiken sie möglicherweise in sich bergen. Hier sorgfältig abzuwägen und zu urteilen, setzt wissenschaftlich fundiertes Hintergrundwissen voraus, über das ich allenfalls höchst unzulänglich verfüge. Es geht aber nicht nur um eher kurzfristige Reaktionen und Perspektiven, wenn das Wort von der Zeitenwende dieses Mal wirklich ernst genommen

¹¹ Sicherlich ist davon auszugehen, dass es bereits im frühen Vorfeld hiervon diverse prowestliche Akteure finanziert hat (Wagner 2014, 6f). Auch war damals zu lesen, dass die zuvor inhaftierte, und seitens der USA unterstützte Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko *als Teil einer dubiosen Wirtschafts- und Machtelite selbst belastet* gewesen ist, wie Wagner (a. a. o. 8) aus der SZ zitiert. In ihrem ersten Kabinett fanden sich auch zwei Mitglieder der faschistischen Partei Swoboda, was heute - es gibt in der Ukraine faschistische Strömungen und Gruppen, die bei Wahlen unterhalb der Fünf-Prozent-Grenze verbleiben - wohl als Anknüpfungspunkt für Putins Propagandabehauptungen erhalten soll.

werden soll. Das eben umrissene Selbstverständnis der herrschenden russischen Autokratie ist bedrohlich. Und das Argument, dass nicht so sehr eine militärische Bedrohung durch die Nato das sie treibende Motiv ist, sondern vielmehr ihr kritischer Blick auf die repräsentative Demokratie als eine Herrschaftsform, erscheint als plausibel. Ihr gegenüber würde dann offenbar die eigene autokratische Herrschaftsform als überlegen erachtet, zugleich aber auch gesehen, dass Rechtsstaatlichkeit und repräsentative Demokratie für die unteren sozialen Schichten und Klassen sehr wohl Attraktivität haben. In Staaten wie der Ukraine, die fest zum Kern des früheren sowjetischen Herrschaftsbereichs gehört haben, gilt es folgerichtig aus Sicht der russischen Autokratie, die alte autokratische Herrschaftsform neu zu etablieren. Als doppelt problematisch erweist sich damit aber auch das Fehlen einer klaren gemeinsamen europäischen Politik, also einer EU-Politik, die einerseits in Bezug auf das *geopolitische Filestück* Ukraine (Wagner 2014,5), wirklich eine Position hätte entwickeln können, die zugleich politische und ökonomische Interessen Russlands wie auch der EU zu berücksichtigen versucht hätte. Das hätte aber auch erfordert, so etwas wie eine verächtlich-bedrohliche Haltung gegenüber einer demokratischen Herrschaftsordnung früh und klar zu erkennen und darauf angemessene Antworten zu finden.

Was hier eklatant als doppelte Schwäche der EU sichtbar wird, gilt allerdings ebenso sozial- wie wirtschaftspolitisch für so etwas wie eine gemeinsame europäische Innenpolitik, die auf die Festigung und den sukzessiven weiteren Ausbau demokratischer Verhältnisse gerichtet sein müsste. Außenpolitisch dürfte das Diktum von Habermas unverändert Gültigkeit haben. In Bezug auf eine EU-Innenpolitik sind nach wie vor große Defizite zu konstatieren.¹² Eine diskussionswürdige, ziemlich radikale These wäre hier vielleicht die folgende: In Europa, also in der Weltregion, in der beides seinen Ursprung hat, das demokratische Projekt unserer Moderne¹³ ebenso wie die industriellen Revolutionen und die auf ihnen beruhenden imperialen Machtpolitiken des 19. Und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die bis in die heutigen Geopolitiken hinein weiter wirken, ist der Schritt zu einer Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie von einer Herrschafts- zu einer Lebensform überfällig. Er könnte auch die Grundlage dafür bilden, ein außenpolitisches Konzept zu entfalten, das sich als Antwort auf und Gegenentwurf zu den Jahrhunderten verfehlter imperialer Politik erweisen könnte.

¹² Das zentrale Thema der Intervention von Jürgen Habermas in den Jahren 2014/15 ist allerdings, wie schon betont, die innere politische Krise der EU gewesen, auf die hin er als zukunftsweisende Antwort die Herstellung einer europäischen politischen Öffentlichkeit als Bedingung einer Stärkung der Demokratie gefordert hat. Mein Versuch zielte seinerzeit darauf ab, die Habermas'sche Position in dieser Debatte zu stärken - dies aber mit dem Argument, dass eine Verteidigung der demokratischen Errungenschaften des Jahrhunderts der Revolutionen in Europa eine Erweiterung unserer repräsentativen Demokratie erforderlich mache (Martens 2016, 44-67). Zur kritischen Auseinandersetzung mit inneren ökonomischen wie sozialen Entwicklungen in der EU siehe unter anderem auch Scholz u.a. 2009 sowie Buntgenbach u.a. 2014.

¹³ Das gilt jedenfalls gedanklich oder Ideengeschichtlich für die Französische und europäische Aufklärung. Praktisch kam dann zwar die amerikanische Unabhängigkeitserklärung mit einer ersten Verkündung allgemeiner Menschenrechte vor der Französischen Revolution, doch erst mit letzterer betrat die der Demokratie praktisch von Neuem höchst wirkungsvoll die politische Bühne.

Es liegt auf der Hand, dass diese Überlegungen, so knapp umrissen, abstrakt bleiben und als utopisch erscheinen müssen. Sie wären auf den ersten Blick ein großes Wagnis und etwas ganz Neues. Aber sie stünden sehr wohl in einer Tradition, die gegen das imperiale Denken nach außen und innen außerhalb Europas hat: bei Mahatma Gandhi, bei Nelson Mandela oder auch bei Martin Luther King – dieses Mal aber auch oder vor allem außenpolitisch gerichtet. Aber es ist wahr: es ginge hier um Entscheidungen für grundlegend Neues – gegenüber der Folgerichtigkeit des Alten, die bislang immer wieder in Katastrophen geführt hat. Aber die Demokratie als Lebensform, das wäre hier auch die herrschaftskritische Formel für eine Perspektive, die vermutlich die Chance auf eine öko-soziale Transformation besser öffnen kann, bei der ökologische, wirtschaftliche, soziale und politische Nachhaltigkeit erreicht werden könnten. Eine Außenpolitik, die sich aus den Logiken und Fesseln des nach wie vor herrschenden - und angesichts der Grenzen des neoliberalen Projekts der letzten Jahrzehnte neu verstärkten - geopolitischen Denkens der großen Weltmächte befreit, wäre nur in Verbindung mit einer anderen Wirtschaftspolitik denkbar.¹⁴

Praktisch sind solche Überlegungen gegenwärtig nahezu unvorstellbar. Realistisch könnte es demgegenüber erscheinen, in der nun eingetretenen Lage wie der Politologe Herfried Münkler (2022) zu sagen, wir befänden uns nun, seit dem russischen Angriff auf die Ukraine, *in einer anderen Welt*, und die westlichen Demokratien stünden *vor der Herausforderung einer neuen Geopolitik* mit unterschiedlichen Einflusszonen. Das sei vergleichbar mit *der Situation im kalten Krieg*, in dem es um die Anerkennung und Respektierung dieser Einflusszonen gegangen sei. Auf den ersten Blick klingt das so ernüchtert wie überzeugend. Doch bei dieser Überlegung spielt die EU aus Münklers Sicht im geopolitischen Mächtenspiel zwischen den USA, Russland und China *so gut wie keine Rolle*. Er empfiehlt daher ganz schlicht, die Europäer sollten *nicht so viel über die Welt nachdenken*. Es ginge also nicht mehr um jene *verfehlte weltpolitische Rolle*, von der Habermas 2014 noch gesprochen hat. Stattdessen bliebe Geopolitik den politischen Eliten von drei Weltmächten überlassen – nach altbekannten und wie eben in Bezug auf das Verhältnis zwischen den USA und Russland gezeigt, fatalen Mustern – während sich unsere eine Welt zugleich dynamisch weiter entwickelt und sich unbewältigte Krisendrohungen immer höher vor uns allen auf türmen? Ich denke, was hier als realistisch erscheint, ist das im Licht der hier von mir angestellten Überlegungen in Wahrheit nicht. Münkler zeichnet vielmehr ein finsternes, aus Seiner Sicht augenscheinlich alternativloses Szenario, das mit erheblichen, letztlich unabsehbaren Risiken verbunden ist. Wir können stattdessen sehen:

- Zwischen den verschiedenen geopolitischen Einflusszonen ließ sich die Welt in der Vergangenheit ganz sicher nicht so einfach in ‚Gut und Böse‘ sortieren, wie manche Beobachter das augenscheinlich gerne hätten. Tatsächlich gibt es

¹⁴ Diese These kann hier selbstredend nicht ausführlich begründet werden. Zu meiner Auseinandersetzung mit den aktuellen Debatten hierzu siehe Martens 2016 und 2020 mit zahlreichen entsprechenden Literaturverweisen.

– in Kontext der das jeweilige Elitenhandeln augenscheinlich immer wieder übergreifend bestimmenden geopolitischen Denkens - Schwarz-, Weiß und Grautöne auf beiden Seiten. Selbstredend ist dabei ganz unbestreitbar, dass die repräsentative Demokratie unzweifelhaft im Vergleich zu autokratischen oder diktatorischen Herrschaftsformen ein wirklicher historischer Fortschritt ist. Aber man sollte zumindest darüber nachdenken, ob mit ihr als bester aller schlechten Herrschaftsformen das Ende der Fahnenstange wirklich erreicht ist.

- Nato und EU reagieren aktuell glücklicherweise zugleich geschlossen und besonnen. Aber hinter dieser Geschlossenheit bleiben Unterschiede wichtig. Die unterschiedlichen Interessenlagen zwischen den USA und westlichen kontinentaleuropäischen Staaten in der EU verschwinden ja nicht einfach.¹⁵ Wir sind nun aber in eine Lage geraten, in der es nahezu unmöglich erscheint, dass die EU sich dem Druck zu größter Geschlossenheit unter den Prämissen US-Amerikanischer Geopolitik zu entziehen vermag.
- Chancen dafür, an ihrer von Habermas 2014 konstatierten *verfehlten weltpolitische Rolle* Korrekturen vorzunehmen, dürften nun schlechter sein denn je. Stattdessen es gibt mögliche und schwer absehbare Risiken für die weitere Entwicklung. Donald Trump hat sich angesichts der russischen Intervention in der Ukraine bemerkenswert zu Wort gemeldet. *Genial* und *sehr klug* habe Putin die Invasion der Ukraine vorbereitet, hat er erklärt, und *das ist die größte Friedenstruppe, die ich je gesehen habe*, dann noch hinzugefügt.¹⁶ Herrschende und (noch) verhinderte Autokraten ticken da offensichtlich auf einer Wellenlänge. Und die demokratischen Verhältnisse in den USA sind ja alles Andere als beruhigend stabil.
- Wir können weiterhin wissen, dass in den USA längst ganz offenkundig oligarchische Herrschaftsverhältnisse vorliegen¹⁷ und dass auch in den großen Eu-

¹⁵ Wie die eingeleitete ökonomische Sanktionspolitik sich tatsächlich weiterentwickeln wird, bleibt abzuwarten. An Joe Bidens sofortiger Verschärfung der vorläufigen Außerkraftsetzung von Nord Stream 2 seitens der Bundesregierung, kann man ja auch erkennen, dass den USA sehr daran gelegen ist, ihre europäischen Verbündeten nicht nur besonders eng um sich zu scharen, sondern zugleich auch in der Verfolgung eigener ökonomischer Interessen an der Vermarktung des eigenen Erdgases nun auch wirklich sozusagen ‚Nägel mit Köpfen‘ zu machen. Die Dynamik des Krieges, mit dem Putin die Ukraine seither überzieht, hat dann binnen weniger weiterer Tage dazu geführt, dass nun allseits das ergreifen der denkbar schärfsten Sanktionen (SWIFT) als zwingend erachtet werden. Wie das konkretisiert werden wird, bleibt abzuwarten.

¹⁶ Siehe dazu Jan Fellmanns Artikel *Liebesgrüße aus Amerika* in der SZ vom 24.02. 2022.

¹⁷ Der große Soziologe Norbert Elias der den Prozess der Zivilisation zu Zeiten eines drohenden Zivilisationsbruchs durch totalitäre Regime richtungsweisend analysiert hat, großer Nähe zur politischen Linken seiner Zeit kaum verdächtig, hat 1985 in seine *Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (08. Mai 1945)* veröffentlicht. Ein zentrales Thema in diesen Betrachtungen ist der erschreckende Sachverhalt, dass sich durch den gesamten zivilisatorischen Prozess der Menschheit *bipolare Hegemonialkämpfe* hindurch ziehen und er *keinen einzigen Fall in der Entwicklung der Menschheit kenne, in dem ein solcher Konflikt zwischen den zwei stärksten Militärmächten (...) nicht früher oder später zu einem Krieg führte* (a. a. O.

ropäischen Staaten mehr oder minder klar abgehobene Eliten in Wirtschaft und auch Politik die ‚Geschicke der Nation‘ zu lenken beanspruchen.¹⁸ Und von den USA wissen wir sehr genau, dass sie seit 1945 in der Verfolgung geopolitischer Machtinteressen stets darüber hinweggesehen haben, ob in den Staaten des von ihnen beanspruchten Machtbereichs repräsentativ-demokratische, autokratische oder auch diktatorische Regime an der Macht gewesen sind.¹⁹ In der Folge eines drohenden Scheiterns des neoliberalen Projekts in den liberalen Demokratien des Westens ist die Schwelle zu autokratischen Machtverhältnissen vor gut einem Jahr in den USA ja fast überschritten worden. Drohende Gefahren für die liberale Demokratie sind dort alles andere als stabil abgewendet.

- Aktuell wird in einem gewichtigen Teil der dortigen Medienlandschaft der von Russlands Machthaber in Europa begonnene Krieg in einer Weise öffentlich diskutiert, die eine hiesige Journalistin wie Nina Rehfeld (2022) geradezu nur noch als peinlich beurteilen mag. Nachdem Fox News in den vergangenen Wochen *Warnungen vor einem russischen Überfall auf die Ukraine Als maßlos übertrieben und ein „Ablenkungsmanöver“* bezeichnet hätten, würden dort nun *offen Putins Cleverness und Stärke Bidens angeblicher Inkompetenz gegenübergestellt*. Rehfeld schreibt von einem offensichtlichen *Frust über das Niveau einer Debatte, die in weiten Teilen der amerikanischen Medienlandschaft eher die peinlichen Grabenkämpfe der großen Nachrichtenorganisationen bezeugt als dass sie geopolitische Analysen zustande bringt*. Dies aber sind der medienpolitische Kontext und eine von ihm erzeugte Stimmung in Teilen der Bevölkerung, die es erst möglich machen, dass Trump über die Genialität und Klugheit Putins schwadronieren kann.
- In Europa scheinen die westlichen Demokratien noch stabiler. Aber die Fundamente der der wohlfahrtsstaatlich orientierten westlichen Nachkriegsdemokratien in den institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften der *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft*, von der Hannah Arendt (1974, 278) gesprochen hat, sind in den Jahrzehnten des neoliberalen Rollbacks erodiert. Die problematischen Folgen sind in vielen Staaten der EU zu beobachten gewesen. Unsere repräsentativen Demokratien haben mit dem Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik in den sogenannten hochentwickelten westlichen

68). Und an anderer Stelle schreibt er, dass sich USA *unter dem Druck einer weltherrschaftlichen Aufgabe aus einer oligarchisch regierten Republik in ein diktatorisch regiertes Land, möglicherweise in eine Präsidialdiktatur verwandeln* könnten (a. a. O. 107). Das war gut 35 Jahre vor dem Sturm auf das Capitol im Zeichen eines Trumpismus, dessen Drohungen seither keinesfalls vorüber sind (Martens 2021).

¹⁸ Pierre Bourdieu hat für Frankreich schon 2014 vom *Staatsadel* gesprochen, der Elitenforscher Michale Hartmann (2018) in seiner jüngsten empirischen Untersuchung eine gewachsene Abgehobenheit von Eliten hervorgehoben, ganz zu schweigen von der Analyse Kai Lindemanns (2021) zur *Praxis der herrschenden Klassen*, mit der er an den Racket-Ansatz anknüpft, den Max Horkheimer und Theodor W: Adorno in den 1930er Jahren in den USA entwickelt und an dem sie in späteren Arbeiten festgehalten haben.

¹⁹ Siehe in diesem Zusammenhang Noam Chomsky 2017.

Ländern – die entgegen solcher behaupteter Hochentwicklung vergleichsweise stark für die uns alle bedrohende Klimakatastrophe verantwortlich sind – einiges von ihrer früher größeren Attraktivität verloren. Soziale Spaltungsprozesse schreiten voran. Unsere Welt wird auch hierzulande kälter – und hält für immer mehr Menschen statt früherer Zukunftsversprechen eher wachsende Drohungen bereit.

Führt man sich dies alles vor Augen, kommt man sehr rasch auf die oben angestellten Überlegungen zurück, die auf den ersten Blick als sehr radikal und geradezu utopisch erscheinen. Aber man bekommt vielleicht zugleich ein Gefühl dafür, dass alles darauf ankäme, unseren Möglichkeitssinn zu schärfen, um endlich aus den heillosen geopolitischen Handlungslogiken herauszukommen.

IV.

Was ist nun das Fazit, das ein wesentlich über unsere mediale Berichterstattung informierter Bürger zu ziehen versuchen kann? Aktuell wird eine Dynamik entfesselt, die für viele Menschen in der Ukraine verheerend ist und die Europa- und weltpolitisch hohe, nie leicht zu kalkulierende Risiken beinhaltet. Angesichts der russischen Invasion in der Ukraine sind die Verhältnisse nun wirklich eisig geworden. Bei vielen ist große Ratlosigkeit erkennbar. Will man aus ihr heraus, bzw. als Beobachter des Geschehens wenigstens den einem selbst dazu möglichen Beitrag leisten, gilt es als erstes kühlen Kopf zu bewahren und als nächstes alle Anstrengungen darauf zu richten, zu verstehen wie wir in die Lage geraten sind, der wir uns nun gegenübersehen – ganz in dem Sinne wie Hannah Arendt seinerzeit in dem berühmten Gaus-Interview gesagt hat, ihr gehe es darum zu verstehen. Erst auf dieser Grundlage kann man beginnen, angesichts einer grundlegend veränderten Lage über mittelfristige Konsequenzen und Perspektiven nachzudenken. Hier allerdings gerät ein Beobachter ohne spezifische wissenschaftliche Expertise rasch in sehr „dünne Luft“. Zu spekulieren macht wenig Sinn. Man endet allzu rasch bei einigen allgemeinen Überlegungen.

Sicherlich muss man froh sein, in Deutschland, wie auch in vielen anderen Mitgliedsstaaten der EU in immer noch relativ stabilen repräsentativen Demokratien zu leben. Dass diese Demokratie aber nicht exportierbar ist - gestützt auf militärische Mittel und orientiert an einer ökonomischen Logik, die die weitere Spaltung unserer Welt vorantreibt -, haben wir gerade in Afghanistan erlebt – und an anderen Stellen unserer Welt klar vor Augen. Dass in der Ukraine die Versprechen von Rechtsstaatlichkeit und repräsentativer Demokratie – und sicher auch die Hoffnung auf wirtschaftliche und soziale Fortschritte – dazu geführt haben, dass die Bevölkerung aus den Erfahrungen des ersten Jahrzehnts nach dem Zerfall der Sowjetunion den Weg in die EU autokratischen Lösungen vorgezogen hat, ist unübersehbar. Der entschlossene Widerstand gegen Angriff einer in allen Belangen weit überlegenen russischen Armee ist anders nicht zu erklären. Er nötigt allergrößten Respekt ab. Möglicherweise ist der russische Autokrat davon überrascht. Dennoch – und auch wenn

historische Vergleiche immer schief sein müssen -: man kann sich kaum dagegen wehren, dass einem heute, wenige Tage nach Beginn der russischen Invasion Ungarn 1956 in den Sinn kommt.

Das aber ist vor allem deshalb erschreckend, weil man dem russischen Autokraten eben nicht die alte zutiefst demokratieverachtende Gesinnung zugetraut hat. Erst Recht nicht hat man im Kontext eines geopolitischen Denkens, das für alle Großmächte dieser Welt kennzeichnend ist, damit gerechnet, dass Wladimir Putin, in den Worten Wladimir Sorokins, *zum imperialen Monster* pervertieren würde. Aus den fatalen Logiken globaler Geopolitiken, die auch noch das Denken führender westlicher Politiker mit prägen – und, wenn man an Donald Trump denkt, sehr schnell demokratische Werte zerstören können, weil diese in der US-Amerikanischen Außenpolitik noch nie allein der Maßstab politischen Handelns gewesen sind – sollte nun wenigstens für die Zukunft gelernt werden. Und auf Lernprozesse nicht auf Grundlage *vorgewegnemender Erkenntnis möglicher Folgen* politischen Handelns sondern *im Gefolge von Fehlentscheidungen und den bitteren Erfahrungen, die sie mit sich bringen* (Elias a. a. O. 82) darf man ja immer noch hoffen.

Die beachtliche Geschlossenheit und Besonnenheit in den Reaktionen von EU und NATO sind vor diesem Hintergrund zunächst einmal beruhigend. Die unmittelbaren und die weiter absehbaren Folgen der nun eingetretenen Lage, zu der nun gerade eine breite Diskussion entbrennt, aber auch schon erste Entscheidungen fallen, sind dies allerdings nicht. Für die USA sind die ökonomischen Folgen einer massiven Sanktionspolitik vermutlich weitaus leichter zu verschmerzen, als dies in Westeuropa der Fall ist. Aus Sicht der Biden-Administration dürfte das engere Zusammenrücken der Nato hinter den USA ein erfreulicher Begleiteffekt der Krise sein. Sicherheitspolitisch wird die veränderte Lage in Europa in der US-Amerikanischen Bevölkerung als weniger dramatisch wahrgenommen. Für wichtige Teile der Bevölkerung, und auch der US-Amerikanischen Medien – und wohl auch für eine überwältigend klare Mehrheit in der republikanischen Partei dort – ist Europa weit entfernt. In hohem Maße personalisierende politische Berichterstattung in den USA und der Umstand, dass Donald Trump es sich erlauben kann – eben auch vor dem Hintergrund dieser Öffentlichkeit -, Putin als sehr klugen, fast genialen Politiker zu bezeichnen, und sich selbst so als ihm besser gewachsenen Politiker zu präsentieren, ist beunruhigend.

Hinter einer vordergründig großen Geschlossenheit wäre über Differenzierungsnotwendigkeiten neu nachzudenken, etwa im Verhältnis zwischen den USA und der EU – wofür die Chancen derzeit allerdings eher blockiert sind. Gleichwohl könnte das mittelfristig auch offener beurteilt werden. Was folgt aus verstärkten gemeinsamen Verteidigungs- und Rüstungsanstrengungen der EU, wie sie nach nur wenigen Tagen von verschiedener Seite lautstark gefordert und am 27. 02. Für die Bundesrepublik auch schon verkündet worden sind? Bedeutet die veränderte energiepolitische Lage zusätzliche Schubkraft für die ökosoziale Transformation, oder entziehen ihr deutlich erhöhte Rüstungsausgaben dringend benötigte Ressourcen? Was bedeutet das alles für den politischen Umgang mit sozialen Spaltungsprozessen? Was folgt

aus einem engeren Zusammenrücken der Staaten der EU angesichts eines nun anwachsenden Verständnisses dafür, dass demokratische Freiheiten nicht selbstverständlich sind, vielmehr Ergebnis eines seit mehr als zwei Jahrhunderten andauernden Befreiungskampfes sind? Bekommen zuletzt zarte, erste Debatten darüber, dass unsere repräsentative Demokratie vielleicht doch nicht das letzte Wort der Geschichte in Sachen Demokratie sein darf, zusätzlichen Auftrieb, oder drückt die Wucht der Ereignisse sie nun eher bei Seite? Dass es kein Ende der Geschichte gibt, liegt heute ja klar zu Tage. Die nun drohenden Instabilitäten und neuen Risiken fordern zwingend dazu heraus, die zutiefst veränderte Lage sehr grundlegend neu zu durchdenken.

Im Licht der hier angestellten Reflexionen muss dabei gelten: im Blick zurück auf die vergangenen Jahrzehnte der globalen US-amerikanischen Vorherrschaft gibt es leider nur wenige Gründe, unsere Welt so einfach in „Gut und Böse“ aufzuteilen, wie das bei den aktuellen geopolitischen Konflikten – zumal nach der begonnenen russischen Invasion in der Ukraine - nahezuliegen scheint. Aus ökologischer Perspektive sollten wir zudem längst gut genug wissen, dass wir auf diesem Planeten gemeinsam nur eine Welt haben. Aber es gibt auch unabhängig davon ziemlich gute Gründe dafür, angesichts der Folgerichtigkeit der gegenwärtigen geopolitischen Krisenentwicklungen zutiefst skeptisch, wenn nicht misstrauisch zu sein. Und es gibt deshalb auch viele gute Gründe, sehr ernsthaft über die oben knapp umrissene grundlegende Alternative zu den uns beherrschenden Geopolitiken und deren wirtschafts- und sozialpolitische Grundlagen nachzudenken.

Das ‚Weiter-So‘ des herrschenden Politikbetriebs stößt nicht nur ökologisch auf Grenzen, die uns nach allem unserem naturwissenschaftlichen Wissen schlicht und ergreifend gesetzt sind. Ökologische Nachhaltigkeit erfordert eine ziemlich grundlegend andere Art zu wirtschaften. Vorstellungen stetig weiteren Wirtschaftswachstum und eines schier Grenzenlosen wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind teils geradezu irrwitzig, teils zumindest höchst zweifelhaft.²⁰ Soziale Nachhaltigkeit setzt voraus, die derzeit stetig forcierten sozialen Spaltungsprozesse umzukehren. Politische Nachhaltigkeit erfordert eine Weiterentwicklung unserer repräsentativen Demokratie, von der besten aller schlechten Herrschaftsformen hin zu einer Lebensform, an der alle aktiv teilhaben können. Und das geopolitische Denken in alten machtpolitischen Mustern bleibt letztlich immer noch befangen in den Vorstellungen einer Vergangenheit, in der Krieg als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln noch ganz selbstverständlich sein konnte. Heute in Zeiten der Drohung einer atomaren Selbstvernichtung, die mit dem kalten Krieg keineswegs verschwunden ist, ist es ja eher so, dass Militärs und mit dem militärisch-industriellen Komplex verbundene Denkfabriken darüber nachdenken, wie angesichts der Unmöglichkeit eines „großen“ Krieges, immerhin noch kleine, begrenzte kriegerische Konflikte möglich sind und gewonnen

²⁰ Siehe kritisch zum heute vorherrschenden Wissenschaftsverständnis Hans Magnus Enzensberger 2002. Zu der These, dass das unsere Welt seit zwei Jahrhunderten beherrschende Fortschrittsparadigma – keineswegs nur dort, wo es in den diversen Marxismen zweiteilig geschichtsmächtig geworden ist - in hohem Maße ideologisch ist, siehe auch Martens (2022).

werden können. Aktuell ist es nun ein deutlich größerer Krieg mitten in Europa, der letztlich wohl nur vor der versteckten Drohung ggf. auch vor weitergehenden verheerenden Eskalationsschritten nicht zurückzusehen regional begrenzt gehalten werden kann.

Das mögliche Ende unseres Anthropozän ist aus vielerlei guten Gründen zum Gegenstand wissenschaftlicher Debatten geworden. Viel spricht daher dafür, dass, so Oskar Negt (2016), heute allein noch Utopien realistische Auswege aus einer Lage eröffnen könnten, in der wir alle zunehmend in Sackgassen geraten. Die einzige, vermeintlich realistische Alternative dazu läge darin, sich sozusagen mit *Schopenhauer als Erzieher* (Nietzsche 1981) mit dem aristokratisch-elitären Denken Friedrich Nietzsches als agnostischer Beobachter eines ungeheuren, sinnvoller menschlicher Gestaltung nicht zugänglichen Weltgeschehens ins *eisige Hochgebirge* philosophischen Denkens zurückzuziehen. Dann müsste man also Nietzsches Aphorismus *Der Irrsinn ist bei Einzelnen etwas Seltenes – aber bei Gruppen, Parteien, Völkern, Zeiten die Regel* (Nietzsche 2008,149) als unabweisbar ‚ewig‘ gültig ansehen und könnte nur noch gelassen das Ende unseres Anthropozän abwarten. Denkt man aber Nietzsche in der Tradition des mittelmeerischen Denkens Albert Camus‘ weiter, verbietet sich dieser Blick auf den *Irrsinn der Menschen der im Untergang der Menschheit endet* (Camus1957a, 67). Denn der Autor des *Mythos des Sisyphos* hat auch geschrieben:

Es ist dies – also die Arbeit gegen den Irrsinn an – in Wahrheit meine Aufgabe ohne Ende. Doch wir sind da, um sie fortzusetzen. Ich glaube zu wenig an die Vernunft, noch an irgendeine Philosophie der Weltgeschichte, um mich dem Fortschritt zu verschreiben. Doch ich glaube wenigstens daran, dass sich die Menschen über ihr Schicksal immer bewusster geworden sind. Wir haben unsere Lage keineswegs überwunden, aber wir erkennen sie besser. Wir wissen uns in Widersprüche verstrickt, doch wir wissen auch, dass wir diese Widersprüche ablehnen und alles daran setzen müssen, sie zu verringern. (...) Dies ist natürlich eine übermenschliche Aufgabe. Doch man nennt jene Aufgaben übermenschlich, die den Menschen lange Zeit kosten, sie zu erfüllen. Das ist alles (Camus 1967b,41f).

Wir mögen heute das Problem haben, dass wir wieder einmal in zunehmend finstere Zeiten geraten, und wir können dabei bemerken, dass was heute geschieht und was unsere Zukunft weiter beeinflusst, in der Vergangenheit geboren worden ist.²¹ Wir können heute wissen, dass das Zeitfenster, das noch Chancen bietet, dem *Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit* zu begegnen²², nicht mehr allzu lange offen ste-

²¹ Ich variiere damit einen Satz Alexander Kluges, den Kurt Kister vor wenigen Tagen in einem Artikel aus Anlass von dessen 90. Geburtstag berichtet hat. Er ist, wie Kister zu Recht schreibt, für diesen großen Schriftsteller, Fernsehproduzenten, Filmkünstler und Meister eines vertikalen Erzählens charakteristisch.

²² *Die Gegenwart bläst sich auf. Ohne die Vorgeschichte, die Zukunft und vor allem den Möglichkeitssinn gibt es aber keine Realität*, so heißt es unter anderem in den Ausführungen der edition filmmuseum zu diesem Film. Dessen ursprünglicher Titel lautet, Einsteins Beunruhigung noch steigernd: *die Unheimlichkeit der Zeit*.

hen dürfte. Umso mehr gilt es, die verbleibende Zeit zu nutzen und unseren Möglichkeitssinn zu schärfen, um die vor uns liegenden Herausforderungen politisch anzugehen - und die von Camus als *übermenschlich* charakterisierte Aufgabe zu bewältigen.

Literatur

- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München Zürich
- Camus, A. (1957a): Die Mandelbäume, in: ders.: Heimkehr nach Tipasa. Mittelmeer-Essays, S. 39-44
- (1957b): Helenas Exil, in: ders.: Heimkehr nach Tipasa. Mittelmeer-Essays, S. 61-69
- Chomsky, N. (2017): Wer beherrscht die Welt? Die globalen Verwerfungen der amerikanischen Politik, Berlin
- Elias, N. (1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1985), Frankfurt am Main
- Enzensberger; H. M. (2002): Die Elixiere der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa, Frankfurt am Main
- Habermas, J. (2014): Warum der Ausbau der europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: Leviathan 4/2014, S. 525-538
- (2015): Der Demos der Demokratie – eine Replik, in Leviathan 2/2015, S. 145-154
- Hartmann, M. (2018): Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden, Frankfurt am Main
- Hulverscheid, C. (2022): Angriff aufs eigene Land. Wladimir Putin hat für seinen Feldzug gegen die Ukraine nicht nur politische sondern auch ökonomische Motive. Doch Russland könnte in diesem Krieg wirtschaftlich massiv Schaden nehmen – und langfristig sogar den Status als Weltmacht verlieren, SZ 16./27. 02. 2022
- Kennedy, A. L. (2022): Handgranaten voller Dummheit. Warum ist Boris Johnson noch immer am Steuer? Zur Beantwortung eine kleine Liste möglicher Nachfolgerinnen und Nachfolger, SZ 11.02. 2022
- Kister, K. (2022): Die Fantasie ist ein Fluchttier. Vom vertikalen erzählen und dem Bergwerk der Erinnerung: ein Portrait des großen Geschichtensammlers Alexander Kluge, SZ 12./13. Februar 2022
- Krone-Schmalz, G. (2017): Eiszeit. Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist, München
- Lindemann, K. (2019): Die Politik der Rackets. Zur Praxis der herrschenden Klassen, Münster
- Martens, H (2016): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik - Hamburg
- (2020): Arbeit und Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur praktisch-politisch sondern auch philosophisch fundiert neu denken, Dortmund
- (2021): Im Angesicht der Krise unseres demokratischen Projekts der moderne, in: spw, Heft 242, 1/2021, S. 88-96
- (2022a): Der Traum vom ewigen Fortschritt. Zur Kritik des herrschenden Fortschrittsparadigmas, soll erscheinen in spw Heft 3, 2022
- (2022b): Klassengesellschaftlichkeit, Klassen- und Herrschaftsanalyse und *die Politik der Rackets*. Reflexionen aus Anlass einer aktuellen Anknüpfung an den Racket-Ansatz von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, Aufsatzmanuskript, Veröffentlichung in Vorbereitung
- Münkler, H. (2022): „Das mit der Weltgemeinschaft können wir uns abschminken“. Herfried Münkler im Gespräch mit Ute Welty, Studio 9 Deutschlandfunk Kultur
- Negt, O. (2016): Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen, Werkausgabe Bd. 16, Göttingen

- Nietzsche, F. (1981): Schopenhauer als Erzieher, in: Haffmann, G. (Hg.): Über Arthur Schopenhauer, Zürich
- Der tanzende Stern. Aphorismen, herausgegeben von Kilian, K, Köln
- Rehfeld, N. (2022): Hat Putin mich je einen Rassisten genannt? Russlands Machthaber beginnt einen Krieg in Europa. Womit sind Amerikas Medien beschäftigt? Mit sich selbst. Das ist peinsam, vor allem bei Fox News. In: FAZ 26.02. 2022
- Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, A.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P., Pieper, W., Wolf, F. O. (Hrsg.) (2009): Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa, Münster
- Sorokin, W. (2022): Putin ist geliefert. Wie unser Regierungschef von einem Hoffnungsträger zu einem Monster wurde. Und was ihn nun erwartet, in: SZ, 26./27. Februar 2022
- Wagner, J. (2014): Ukraine. Showdown im postsowjetischen Raum, in: Sozialismus, Heft 4-2014, S. 2 - 8
- Wallerstein, I. (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht, Hamburg